900-mal Nein zur 5G-Antenne

In Unterägeri wurde Einsprache gegen die Umrüstung einer Mobilfunkantenne erhoben. Auch andernorts regt sich Widerstand.

Vanessa Varisco

Die Botschaft scheint deutlich: In Unterägeri beim Gebiet Schützen wollen die Einwohner keine 5G-fähige Antenne. Gegen ein entsprechendes Gesuch für den «Um- und Ausbau einer bestehenden Mobilfunkanlage» der Swisscom wurde Einsprache eingereicht. Mitunterzeichnet haben diese Einsprache 900 Anwohner in einem Radius von rund 1,8 Kilometer um die entsprechende Antenne. Auch in anderen Gemeinden wie Oberägeri, Baar und Hünenberg wurden Einsprachen gegen Gesuche eingereicht.

«Um unserem Nein zur Antenne wirklich Nachdruck zu verleihen, haben wir uns entschieden, Unterschriften zu sammeln», erläutert Yvonne Weiss aus Unterägeri die Entstehung der Idee. Sie lebt in der Nachbarschaft der Antenne und hat die Einsprache ebenfalls unterzeichnet. «Zuerst haben wir uns im Quartier über die geplante Umrüstung unterhalten und bald entschieden, die Sache zu koordinieren», gibt sie weiter Auskunft. Dass so viele auf den Zug aufspringen würden, habe aber niemand erwartet. «Doch wir sind bei allen auf ein offenes Ohr gestossen. Viele, die wir darauf angesprochen haben, wussten gar nicht, wozu man 5G benötigt und waren froh um Aufklärung», erinnert sich Yvonne Weiss. Eingereicht hat die Einsprache Iwan Iten.

In der Schweiz sind bereits rund 2500 Antennen mit der 5G-Technologie ausgerüstet. Bild: Peter Klaunzer/Keystone (Bern, 24. April 2020)

Grenzwerte können nicht gemessen werden

Doch woher rührt der Widerstand gegen eine Umrüstung? «Vor allem daher, dass noch nicht genügend erforscht wurde, welchen Effekt die 5G-Technologie auf die Gesundheit hat», betont Weiss. In der Einsprache wird das genauer ausgeführt. Im Abschnitt, in dem die Nachteile für die Einsprecher ausformuliert werden, heisst es: «Da die Einhaltung der Grenzwerte nicht kontrolliert werden kann, ist es durchaus möglich, dass die adaptiven Antennen schwere Gesundheitsschäden hervorrufen können.» Adaptive Antennen, die für die 5G-Technologie verwendet werden, strahlen gezielt auf das Endgerät. Die Einhaltung der Grenzwerte kann derzeit noch nicht kontrolliert werden, weil der Bund noch keine entsprechenden Messempfehlungen und Vollzugshilfen publiziert hat.

Neben den möglichen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit stösst den Anwohnern auch die fehlende Planungsgrundlage bezüglich 5G-Netz auf. «Es ist weder eine Gesamtplanung noch ein Endausbau erkennbar aus den Unterlagen», stören sich Einsprecher und Mitunterzeichner. Auch befürchten sie, dass der Wert der Liegenschaften im Umkreis gemindert wird. «Wir möchten deshalb den Bedenken eines Grossteils der Bevölkerung eine Stimme geben», resümiert Yvonne Weiss. Nicht nur durch die Einsprache mit 900 Unterschriften, sondern auch durch weitere Einsprachen.

Gespräch mit der Gemeinde

Kontakt mit der Gemeinde Unterägeri haben die Einsprecher bereits gesucht. «Wir fühlen uns ernstgenommen, da die Gemeinde sich unserem Anliegen annimmt und einige von uns zu einem Gespräch eingeladen hat», so Weiss. Einsprecher Iwan Iten spricht von einem positiven und konstruktiven Austausch: «Gemeindepräsident Josef Ribary versteht unsere Bedenken und Anliegen und konnte unseren Gedankengängen folgen.» Aber er habe auch betont, dass der Gemeinde die Hände gebunden seien und die Sache vielmehr beim Kanton Zug liege. Dessen aktuelle Übergangsregelung besagt, dass solche Baugesuche nicht im einfachen Verfahren erledigt und Bewilligungen nur erteilt werden, wenn die Anlage den Grenzwert maximal zu 80 Prozent ausschöpft (4 Volt pro Meter). Die Gemeinde kann das Baugesuch lediglich nach den Richtlinien ablehnen oder gutheissen. Ganz nachvollziehen kann das Iten nicht: «Es ist allerdings schon ein Witz, dass ein solches Bauvorhaben oder eine solche Einführung einer Technik, welche ja nicht aus einem einzigen Masten besteht, rechtlich gleich behandelt wird wie ein Einfamilienhaus.» Denn Letzteres habe bei weitem nicht die Tragweite wie ein 5G-Netz im Endausbau. «Ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Auswirkungen», fügt er an. Mit dem Gespräch habe er zwar keinen Flächenbrand auslösen können, aber: «Wir haben immerhin eine Vision in Gang gebracht und der Gemeinderat hat bemerkt, dass ein Grossteil der Bevölkerung skeptisch ist.»

Das weitere Vorgehen wird derzeit ausgearbeitet: «Sicher ist, dass wir uns auch künftig gegen 5G-Antennen, ob Neubau oder Umrüstung, wehren werden», sagt Yvonne Weiss mit Nachdruck. Möglich wäre es, eine Informationsveranstaltung zu organisieren oder eine Interessensgemeinschaft (IG) zu gründen. «Wir möchten uns ausserdem mit anderen Gemeinden kurzschliessen», so Weiss.

Widerstand in Zuger Gemeinden

Denn bekanntlich regt sich nicht nur in Unterägeri Widerstand gegen die neue Mobilfunktechnologie. Auch in den Gemeinden Baar und Oberägeri sind Einsprachen gegen geplante Umrüstungen eingegangen. In Morgarten mehrere Dutzend. Die Anliegen sind ähnlich wie jene in Unterägeri: Die Themen Umwelt, Gesundheit und Wert der Liegenschaften bewegen. Dass der Wert der danebenliegenden Gebäude möglicherweise sinke, befürchten auch einige Hünenberger, wie der zuständige Gemeinderat Thomas Anderegg ausführt. In der Gemeinde sind zwei Baugesuche für 5G-fähige Antennen eingereicht worden. Für jene beim Chnodenwald sind knapp 30 Einsprachen erhoben worden. Für die, die beim Zythus-Areal geplant ist, läuft die Frist noch. «Wobei hier mit deutlich mehr zu rechnen ist», vermutet Anderegg.

Kommentar

Es braucht nun eine einheitliche Regelung

In Unterägeri wehrt sich die Bevölkerung gegen eine geplante 5G-Antenne. Aber nicht nur dort: Sobald in einer Zuger Gemeinde ein Baugesuch für die Umrüstung oder den Neubau einer Antenne aufliegt, regt sich Widerstand. Die Bevölkerung hat Bedenken bezüglich Gesundheit, Umwelt, Ortsbild und der möglichen Wertminderung ihrer Liegenschaften.

Die Gemeinden verweisen darauf, dass ihnen teils die Hände gebunden sind. Der Kanton wiederum betont, dass die Bewilligung von Baugesuchen in Gemeindekompetenz liegt. Baudirektor Florian Weber betonte mehrmals, dass der Kanton lediglich «eine beratende Funktion habe», weshalb er eine Übergangsregelung gewissermassen als Empfehlung für die Gemeinden ausgearbeitet hat. Der Kanton findet: Man wartet auf die Vollzugshilfen des Bundes. Nur: Die Messempfehlungen und Vollzugshilfen lassen auf sich warten.

Damit endlich Klarheit herrscht, wie die Grenzwerte gemessen werden sollen, und ob die 5G-Strahlung denn nun tatsächlich die Gesundheit gefährdet, ist es wichtig, dass der Bund diese Messempfehlungen und Vollzugshilfen bald publiziert. Bis dahin herrscht weiterhin spürbare Unsicherheit – sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den zuständigen politischen Behörden auf kantonaler und gemeindlicher Ebene.

Da die Bevölkerung nicht nur begeistert ist von der neuen Technologie und sich teils vehement dagegen wehrt, bleibt die Frage offen: Wer entscheidet darüber, ob 5G eingeführt wird oder nicht? Ein Blick auf die Website des Bundesamts für Umwelt liefert eine Antwort. Dort heisst es nämlich: «Der Bundesrat will die Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben und erachtet dafür leistungsfähige Mobilfunknetze nach dem 5G-Standart als unverzichtbar.» Das ist eine klare Stellungnahme. Und sie erfordert eine Handlung. Wenn der Ausbau des 5G-Netztes Top Down vorangetrieben werden soll, weil er «unverzichtbar» ist, dann sind einheitliche Richtlinien notwendig. Ansonsten wird es wohl noch des Öfteren zu Situationen wie in Unterägeri kommen und der Ausbau wird verhindert. Fraglich bleibt, ob der Ausbau wirklich Top Down getrieben ist. Denn gerade in Zeiten von Corona, wo die Mehrheit der Bevölkerung zu Hause am Handy, Laptop oder internetfähigen Fernseher sitzt, wünscht sie sich leistungsfähiges, schnelles Internet – Leistung und Geschwindigkeit, die das 5G-Netz bieten könnte.

Vanessa Varisco
vanessa.varisco@chmedia.ch

Eine Umrüstung ist lediglich ein Software-Update

Die Umrüstung oder der Neubau von Antennen zum 5G-Mobilfunkstandard wird in der ganzen Schweiz vorangetrieben. Ein wesentlicher Unterschied zwischen 4- und 5G ist die Geschwindigkeit der Datenübertragung. So soll jene mit der neuen Technologie laut dem Bundesamt für Kommunikation bis zu 100-mal höher sein. Im Kanton Zug sind solche Geschwindigkeiten allerdings noch nicht realistisch.

Das liegt daran, dass im Kanton Zug lediglich von einer «Lightversion» des 5G-Netzes gesprochen werden kann. Dies deshalb, weil bei einer Umrüstung bestehender statischer Antennen, Mobilfunkbetreiber ohne anderweitige Bewilligung nur auf den bisher genutzten Frequenzen senden dürfen, wie Baudirektor Florian Weber in früheren Berichten erklärte. Trotz der neuen Codierung strahlen die Antennen daher also gleich stark wie zuvor. Das bedeutet für die geplante Umrüstung bestehender Antennen – auch jene in Unterägeri – dass sie zwar ein Software-Update erhalten, die volle Leistung aber nicht ausschöpfen können. *(vv)*